

Mandak: Auch die Länder müssen für Pflege zahlen

Utl.: Grüne fordern: Amnestiezeit um ein Jahr verlängern =

Wien (OTS) - "Die ablehnende Haltung der Länder bei der Finanzierung der Rund-um-die-Uhr-Betreuung trägt zur Verunsicherung der betreuten Menschen und ihrer Angehörigen zusätzlich bei. Eine Verlängerung der derzeitigen Amnestie um ein Jahr würde es ermöglichen, eine ausgereifte und gute Lösung zu finden", so Sabine Mandak, SeniorInnensprecherin der Grünen. Die Landeshauptleute haben sich heute in Salzburg gegen eine Kostenübernahme für die Rund-um-die-Uhr-Pflege ausgesprochen. Tatsache sei, dass die Länder sehr wohl für eine gute stationäre Unterbringungsmöglichkeit in Heimen zuständig sind. Diese seien aber sehr oft weder in ausreichender Zahl noch in entsprechender Qualität vorhanden.

"Allein die Vorstellung, in einem Zwei- oder gar Mehrbettzimmer mit einem fremden Menschen hautnah zusammenleben zu müssen, ist für viele zurecht abschreckend. Ich möchte wissen, wer von den Landeshauptleuten im Alter so leben möchte", fragt Mandak. Eine gute Lösung für die betroffenen alten Menschen werde es nur geben, wenn Bund, Länder und Gemeinden sich die Finanzierung teilen.

"Es ist klar, dass eine gute Lösung Zeit braucht, die nur durch die Verlängerung der Amnestie gewonnen werden kann", erläutert Mandak. Es müssen dringend Angebote im Haushilfereich, der Hauskrankenpflege und der Betreuung tagsüber in Sozialzentren bzw. auch der Nachtbetreuung aufgebaut werden, die dann erst eine Alternative zur Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch BetreuerInnen aus dem Ausland bieten.

Rückfragehinweis:

Die Grünen, Tel.: +43-1 40110-6697, presse@gruene.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0209 2007-04-13/13:17

131317 Apr 07

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070413_OTS0209